



Pressemitteilung

Sachsen geben Bildungssystem schlechte Note – Befragte monieren mangelnden Reformwillen

6.900 Teilnehmer aus Sachsen bei der bislang größten Bildungsumfrage – Starke Kritik am Bildungsföderalismus - Mehrheit für Ganztagschulen, längeres gemeinsames Lernen, Ausbildungsgarantie und höhere Steuern für die Bildung

Gütersloh/ München, Juli 2011 – Die sächsischen Teilnehmer der bislang größten Bildungsumfrage in der Bundesrepublik sind unzufrieden mit dem deutschen Bildungswesen und wünschen sich tiefgreifende Veränderungen. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind bereit, für ein besseres Bildungssystem höhere Steuern zu zahlen. Das geht aus der regionalen Auswertung der Bürgerbefragung „Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen“ hervor, die jetzt vorliegt. Fast eine halbe Million Menschen hatte im März bei der deutschlandweiten Online-Umfrage mitgemacht, die von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der Bertelsmann Stiftung sowie den Tageszeitungen BILD und Hürriyet initiiert worden war. 130.000 von ihnen füllten den umfangreichen Fragebogen komplett aus, darunter 6.900 aus Sachsen.

Kritik entzündet sich unter den Befragten aus Sachsen ähnlich wie in den deutschlandweiten Umfrageergebnissen vor allem am Bildungsföderalismus. Zugleich ist eine überwältigende Mehrheit der Ansicht, der Politik fehle es beim Thema Bildung an Mut zur Veränderung. Die sächsischen Teilnehmer sprechen sich mehrheitlich für eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz aus und möchten, dass die Schüler nicht schon nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden. Das bevorzugte Schulmodell ist die Ganztagschule. Nach Ansicht der Befragten aus Sachsen sollten Kita- und Schulbesuch kostenfrei sein, eine knappe Mehrheit ist für Studiengebühren.

Die sächsischen Umfrage-Ergebnisse im Überblick:

Wie bei den Befragten insgesamt ist auch in Sachsen die Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem sehr groß. In der regionalen Auswertung der großen Online-Umfrage „Zukunft durch Bildung“, an der sich vor allem Menschen mit hohem Bildungsabschluss und ausgeprägtem Interesse an Bildungsthemen beteiligt haben, vergeben die sächsischen Befragungsteilnehmer die Durchschnittsnote 3,8.

Mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungswesen

Den Föderalismus im Bildungswesen sehen die meisten Befragungsteilnehmer aus Sachsen kritisch: Nur etwa einer von zehn Befragten glaubt, dass die Konkurrenz zwischen den Bundesländern für eine höhere Qualität im Bildungswesen sorgt – im bundesweiten Durchschnitt sind es immerhin rund 17 Prozent. Fast 97 Prozent der befragten Sachsen fordern einheitliche Abschlussprüfungen in allen Bundesländern – das sind über fünf Prozentpunkte mehr als bei der bundesweiten Auswertung.

Strukturwandel nötig: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Ganztagschulen, Ausbildungsplatzgarantie

Die Befragten aus Sachsen sind mehrheitlich für längeres gemeinsames Lernen: Nur gut 18 Prozent befürworten den Wechsel der Schüler auf weiterführende Schulen nach der vierten Klasse. Fast 43 Prozent plädieren aber für den Übergang nach der sechsten Klasse und rund 39 Prozent treten für das gemeinsame Lernen bis zum Ende der Sekundarstufe I ein. Diese Werte unterscheiden sich deutlich vom bundesweiten Durchschnitt: Deutschlandweit plädieren nur gut zwei Drittel aller Teilnehmer für einen späteren Übergang auf die weiterführende Schule – davon etwa 45 Prozent nach der sechsten und gut 22 Prozent nach der neunten oder zehnten Klasse. Ein Drittel bevorzugt einen Wechsel nach der vierten Klasse.

Wie in Deutschland insgesamt ist auch unter den sächsischen Befragten die Ganztagschule das bevorzugte Schulmodell: Fast 57 Prozent wünschen sich die freiwillige Ganztagschule, rund 35 Prozent die verbindliche Ganztagschule. Für die Beibehaltung der Halbtagschule votiert in Sachsen nicht einmal jeder zehnte Befragte – bundesweit war es jeder Fünfte. Nur rund 22 Prozent der sächsischen Teilnehmer sind davon überzeugt, dass ein Hauptschulabschluss ausreicht, um in der Gesellschaft zurechtzukommen. Gut drei Viertel der sächsischen Teilnehmer (rund 77 Prozent) fordern eine Ausbildungsplatzgarantie – das sind gut zehn Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt der Befragten.

Skepsis gegenüber umfassender Inklusion

Große Zustimmung findet unter den Befragten in Sachsen wie auch bundesweit das gemeinsame Lernen von nichtbehinderten und körperlich behinderten Kindern. Etwa neun von zehn Befragten sprachen sich im Freistaat dafür aus. Bei der Inklusion geistig behinderter Kinder ist die Zurückhaltung in Sachsen größer als bei den Befragten in ganz Deutschland: Nur jeder fünfte Befragte (und damit fünf Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt) plädierte für das gemeinsame Lernen mit geistig behinderten Kindern. Rund 45 Prozent stimmten für das gemeinsame Lernen mit verhaltensauffälligen Kindern.

Mehr Geld für gute Bildung

Mehr als 70 Prozent der Befragten in Sachsen sind bereit, höhere Steuern für Bildung zu zahlen. Die Mehrheit der sächsischen Umfrageteilnehmer fordert kostenfreie Plätze in Krippen und Kindertagesstätten (rund 71 Prozent) sowie auch künftig eine kostenfreie Schulbildung (rund 90 Prozent). Studiengebühren werden von einer knappen Mehrheit (gut 51 Prozent) akzeptiert, wobei sich der weitaus größte Teil davon für einkommensabhängige Gebühren ausspricht.

Keine Mehrheit für bessere Ausstattung von Schulen in Problemvierteln

Die bedarfsabhängig unterschiedliche Ausstattung von Schulen findet in Sachsen anders als im Bundesdurchschnitt keine Mehrheit. Nur rund 44 Prozent der sächsischen Befragten sprachen sich dafür aus, Schulen in Problemvierteln mehr Mittel zukommen zu lassen als anderen, um so für mehr Fairness im Schulsystem zu sorgen. Bundesweit stimmte hingegen eine knappe Mehrheit der Befragten (rund 53 Prozent) für eine bedarfsgerechte Mittelverteilung.

Mangelnde Reformbereitschaft der Politik

Der Politik billigen die Befragten aus Sachsen nur eine geringe Reformbereitschaft zu. Nicht einmal 16 Prozent sind der Ansicht, Politiker hätten einen großen oder sehr großen Willen zu Veränderungen im Bildungswesen. Dieses Ergebnis liegt noch fünf Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Ergebnis. Lehrer werden deutlich reformfreudiger eingeschätzt: Ihnen trauen gut zwei Drittel der Befragten in Sachsen den Mut zu grundlegenden Veränderungen zu – das sind rund zehn Prozentpunkte mehr als bundesweit (rund 56 Prozent).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das:
Projektbüro bildung2011.de
Mies-van-der Rohe-Straße 6
80807 München
Tel. +49 89 9230-9111
info@bildung2011.de
<http://www.bildung2011.de>

Informationen zur Umfrage:

Die große Bürgerbefragung "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" basiert auf dem Prinzip des Volksentscheides: Jeder konnte mitmachen. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Um möglichst alle Teile der Bevölkerung zu erreichen, gab es den Fragebogen in den Sprachen Deutsch, Türkisch und Russisch. Im Befragungszeitraum vom 14. Februar bis zum 9. März haben sich 480.000 Menschen beteiligt, von denen rund 130.000 den kompletten Fragebogen beantwortet haben. Rund 6.900 dieser Befragten kamen aus Sachsen. "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" ist somit nach der Teilnehmerzahl die größte Umfrage zum Thema Bildung, die es je in Deutschland gab. Die Teilnahme im Internet unter www.bildung2011.de war freiwillig und anonym. Die rund 30 Fragen befassten sich mit allen Facetten des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung.

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest war für die Durchführung der Bürgerbefragung verantwortlich. Der Fragebogen wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit anerkannten Bildungsexperten erstellt. Anschließend wurde er von TNS Infratest in einem Vortest auf Aussagekraft, Verständlichkeit und Funktionsfähigkeit überprüft.

Initiiert und umgesetzt wurde die Umfrage "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der gemeinnützigen Bertelsmann Stiftung, der BILD als Deutschlands größter Tageszeitung sowie der türkischsprachigen Zeitung Hürriyet. Als Partner im Onlinebereich unterstützten die Agentur Revolvermänner GmbH, die Portale WEB.DE und GMX sowie die VZ-Netzwerke die Initiatoren.

Informationen zu den Initiatoren:

Roland Berger Strategy Consultants ist die einzige der globalen Strategieberatungen mit europäischen Wurzeln und Werten. Sie engagiert sich deshalb in Pro-bono-Projekten für Unternehmen und den Staat und hat darüber hinaus die Bildungsumfrage initiiert. Dass Bildung die Basis einer funktionierenden Wirtschaft ist, hat der Gründer Roland Berger schon früh erkannt und die Roland Berger Stiftung ins Leben gerufen, die unter anderem ein Stipendienprogramm zur Förderung chancengerechter Bildung aufgelegt hat. Die Strategieberater sind verantwortlich für das Projekt- und Eventmanagement sowie die Prozesssteuerung der Initiative.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für das Gemeinwohl ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie internationale Verständigung und fördert das friedliche Miteinander der Kulturen. Durch ihr gesellschaftliches Engagement will sie alle Bürger ermutigen, sich ebenfalls für das Gemeinwohl zu engagieren. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann AG. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet operativ und ist unabhängig vom Unternehmen sowie parteipolitisch neutral. Die Stiftung war federführend bei der Entwicklung des Fragebogens.

BILD ist mit täglich rund drei Millionen verkauften Exemplaren (IVW) Europas größte Tageszeitung. Tag für Tag erreicht BILD Millionen Leser aus allen Bildungsschichten, vom Hauptschüler bis zum Akademiker. Mit täglich mehr als 12 Millionen Lesern der Printausgabe (Media-Analyse) und weiteren fast 12 Millionen Online-Nutzern von BILD.de pro Monat (AGOF) ist BILD das einzige Medium in Deutschland, das derart hohe Reichweiten über alle Zielgruppen liefert. BILD berichtet in mehr als 30 Regional- und Lokalausgaben.

Hürriyet ist die größte türkischsprachige Tageszeitung in Europa. Ein bedeutender Teil der im Ausland lebenden Türken erhält durch diese Zeitung aktuelle Nachrichten und Informationen. Mit Berichten aus Wirtschaft, Politik, Sport und Kultur in der Muttersprache deckt Hürriyet sowohl den Informationsbedarf der ersten und der zweiten türkischen Generation in Deutschland als auch die Bedürfnisse der jungen Generation ab. Hürriyet vermittelt nicht nur Nachrichten aus der Heimat, sondern trägt erheblich zur Integration, zur Problemlösung und zur Wissensvermittlung an die Türken in den jeweiligen europäischen Ländern bei. Die Zeitung erscheint sieben Tage die Woche und hat auch eine Online-Ausgabe für die Leser in Europa: <http://www.hurriyet.de>.